

NEIN ZUR AFD-HETZE IM BETRIEB

Nach dem Willen der AfD und ihrer Anhänger*innen soll ihr völkisches Gedankengut nach dem Erfolg bei den Bundestagswahlen nun auch in die Betriebsräte einziehen.

Entsprechende Initiativen kommen derzeit von verschiedenen Gruppierungen der sogenannten „Neuen Rechten“ (zum Beispiel „IG Beruf und Familie“, „Ein Prozent für unser Land“). Die AfD gibt sich dafür als Partei der „kleinen Leute“ und der Arbeitnehmer*innen aus.

Björn Höcke, Chef der AfD-Thüringen, trat auf einer Siemens-Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung auf. Er verspricht, die „sozialen Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung vor dem globalen Kapitalismus verteidigen“ zu wollen. Im Bundeswahlprogramm bekennt sich die AfD zum Mindestlohn und wettet gegen Armutsrenten.

Aber lassen wir uns nicht täuschen! Schauen wir genau hin:

Die Vertreter*innen der AfD und ihrer Netzwerke nennen keine konkrete Forderungen: Wie hoch soll der Mindestlohn sein? Um wieviel solle die Grundrente steigen? Fehlanzeige – nur heiße Luft!

Die Nennung konkreter Zahlen wäre Sprengstoff für die AfD – denn viele ihrer Funktionäre waren oder sind selbst große und kleine Unternehmer*innen und Selbständige.

Die AfD wird keinen Finger krumm machen für höhere Löhne oder gegen Armutsrenten! Die AfD will nicht Armut oder Arbeitslosigkeit bekämpfen. Sie und ihre Netzwerke nutzen das Thema der sozialen Gerechtigkeit aus, um Rassismus und einen völkischen Nationalismus zu schüren.

Ihr Rassismus schafft Sündenböcke. Aber so wie Jüdinnen*Juden entgegen der Behauptungen der NSDAP nicht an der Elend von Kriegen und Krisen des Kapitalismus schuld waren und sind, so wenig sind es auch heute noch Jüdinnen*Juden, Geflüchtete und Muslim*a*s.

Rassist*innen hetzen, um zu spalten. Aber die Renten werden nicht steigen, wenn Minarette verboten werden oder Menschen mit muslimischen Glauben aus Deutschland vertrieben werden. Wirkungsmächtig werden wir nur, wenn wir zusammenhalten und gemeinsam für eine solidarische Welt und das Recht auf eine menschenwürdige Existenz eintreten.

Deswegen auch bei den Betriebsratswahlen:

**Keine Stimme für Rassismus
unsere Alternative heißt Solidarität!**

V.l.S.d.P.: Thomas Willms, Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

**SOLIDARITÄT
STATT
RASSISMUS**

WWW.AUFSTEHEN-GEGEN-RASSISMUS.DE

NEIN ZUR AFD-HETZE IM BETRIEB

Nach dem Willen der AfD und ihrer Anhänger*innen soll ihr völkisches Gedankengut nach dem Erfolg bei den Bundestagswahlen nun auch in die Betriebsräte einziehen.

Entsprechende Initiativen kommen derzeit von verschiedenen Gruppierungen der sogenannten „Neuen Rechten“ (zum Beispiel „IG Beruf und Familie“, „Ein Prozent für unser Land“). Die AfD gibt sich dafür als Partei der „kleinen Leute“ und der Arbeitnehmer*innen aus.

Björn Höcke, Chef der AfD-Thüringen, trat auf einer Siemens-Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung auf. Er verspricht, die „sozialen Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung vor dem globalen Kapitalismus verteidigen“ zu wollen. Im Bundeswahlprogramm bekennt sich die AfD zum Mindestlohn und wettet gegen Armutsrenten.

Aber lassen wir uns nicht täuschen! Schauen wir genau hin:

Die Vertreter*innen der AfD und ihrer Netzwerke nennen keine konkrete Forderungen: Wie hoch soll der Mindestlohn sein? Um wieviel solle die Grundrente steigen? Fehlanzeige – nur heiße Luft!

Die Nennung konkreter Zahlen wäre Sprengstoff für die AfD – denn viele ihrer Funktionäre waren oder sind selbst große und kleine Unternehmer*innen und Selbständige.

Die AfD wird keinen Finger krumm machen für höhere Löhne oder gegen Armutsrenten! Die AfD will nicht Armut oder Arbeitslosigkeit bekämpfen. Sie und ihre Netzwerke nutzen das Thema der sozialen Gerechtigkeit aus, um Rassismus und einen völkischen Nationalismus zu schüren.

Ihr Rassismus schafft Sündenböcke. Aber so wie Jüdinnen*Juden entgegen der Behauptungen der NSDAP nicht an der Elend von Kriegen und Krisen des Kapitalismus schuld waren und sind, so wenig sind es auch heute noch Jüdinnen*Juden, Geflüchtete und Muslim*a*s.

Rassist*innen hetzen, um zu spalten. Aber die Renten werden nicht steigen, wenn Minarette verboten werden oder Menschen mit muslimischen Glauben aus Deutschland vertrieben werden. Wirkungsmächtig werden wir nur, wenn wir zusammenhalten und gemeinsam für eine solidarische Welt und das Recht auf eine menschenwürdige Existenz eintreten.

Deswegen auch bei den Betriebsratswahlen:

**Keine Stimme für Rassismus
unsere Alternative heißt Solidarität!**

V.l.S.d.P.: Thomas Willms, Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

**SOLIDARITÄT
STATT
RASSISMUS**

WWW.AUFSTEHEN-GEGEN-RASSISMUS.DE